

Von unserem Redaktionsmitglied  
Nils Buchmann

Viel blau, viel gelb und zahlreiche Transparente mit Solidaritätsbekundungen für die Ukraine: Etwa 100 000 Menschen waren Ende Februar in Berlin zu einer Demonstration für den Frieden zusammengekommen. Rund eine Woche später wurde auch in Serbien demonstriert. Die Plakate und Fahnen, die in den Belgrader Nachhimmel gehalten wurden, waren jedoch weiß-blau-rot gefärbt und trugen das Konterfei von Wladimir Putin. Mehrere Tausend Teilnehmer waren dem Aufruf rechtsextremer und rechts-populistischer Gruppierungen gefolgt. Bengalische Feuer wurden entzündet, Europaflaggen verbrannt, das weiße „Z“, Symbol des russischen Krieges gegen die Ukraine, war auf Belgrads Straßen omnipräsent.

Doch Serbien, offiziell EU-Beitrittskandidat, steht auch auf dem Balkan mit dieser Haltung weitgehend isoliert da. Die Nato-Staaten Albanien und Nordmazedonien tragen die Sanktionen gegen Russland ebenso mit wie EU-Mitglied Kroatien und Montenegro, das jedoch innenpolitisch zerstritten ist.

**Zwischen den Stühlen** Die belasteten serbischen Beziehungen zu den Staaten des ehemaligen Jugoslawien werden mit russischer Hilfe zementiert. So unterstützt Moskau etwa das serbische Nein zu einem eigenständigen Kosovo und blockiert als Vetomacht einen Sitz des Kosovo bei den Vereinten Nationen. Zuspätschiebung gibt es auch aus der Republika Srpska. Die hauptsächlich von bosnischen Serben bewohnte Teilrepublik Bosnien und Herzegowina, einem Land, in dem der Staatspräsident alle acht Monate im Rotationsverfahren wechselt, kokettiert immer wieder mit einer Sezession. Milorad Dodik, einer der drei wech-



Menschen halten eine große russische Fahne während einer Kundgebung zur Unterstützung Russlands in der serbischen Hauptstadt Belgrad.

Foto: dpa

# Ein komplizierter Spagat

**BALKAN** *Sympathien für Ukraine-Krieg und Revanchismus – In Südosteuropa ist die Lage angespannt*

selnden Staatspräsidenten, baut – mit russischem Placet – eine De-facto-Autarkie für den serbischen Landesteil auf: Eigenen Polizei- und Militäreinheiten und der Gründung einer autonomen Arzneimittelagentur folgte im Dezember die Loslösung vom bosnisch-herzegowinischen Steuer- und Justizsystem, wie der „Spiegel“ berichtete.

„Die serbischen Nationalisten haben offensichtlich nicht verstanden, dass der Zerfall Jugoslawiens als Niederlage des serbischen Nationalismus erkannt werden müsste“, sagt der Heilbronner Bundestagsabgeordnete Josip Juratovic (SPD),

der in Berlin der Parlamentariergruppe „Westlicher Balkan“ vorsitzt. Noch immer gebe es Revanchismus-Gedanken. Seiner Wahrnehmung nach positioniere sich „die absolute Mehrheit“ auf dem westlichen Balkan allerdings deutlich gegen den russischen Angriff.

Was jedoch passiert, wenn Russland analog zur Anerkennung der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk auch die Republika Srpska als eigenständigen Staat betrachten würde und dadurch die dortigen Sezessionsbestrebungen weiteren Rückenwind erhielten, ist unklar. Zweifellos könnte Russland die Region

mit einer einfachen Unterschrift destabilisieren. Die Europäische Union ist daher darum bemüht, der Bildung eines Staates im Staate vorzubeugen: Eine Abspaltung werde „durch verschiedene Sanktionsmaßnahmen gegen die politischen Akteure in der Republika Srpska versucht zu verhindern“, erklärt Juratovic.

**Abhängigkeit** Unterstützung für eine Loslösung bekäme die Republika Srpska dagegen aus Serbien, obwohl das Land nun zwischen den Stühlen sitzt: Zwar existiert eine starke wirtschaftliche Verbindung

zur EU, inklusive der – wenn auch nur noch theoretischen – Beitrittsperspektive. Doch die hohe Abhängigkeit von russischem Öl und Gas und die Freundschaft zum slawisch-orthodoxen Brudervolk sind zunehmend bedeutsamer. Zudem gibt es seit ihrem militärischen Eingriff in den Kosovokrieg eine latente Abneigung gegenüber der Nato. Vor der pro-russischen Demonstration hatte bereits ein mehrere Meter großes Graffiti von Ex-General und Kriegsverbrecher Ratko Mladic, das in Belgrad von rechten Nationalisten bewacht und gepflegt wird, für Aufsehen gesorgt.

## Ungarn

Gute Beziehungen zu Russland und Präsident Wladimir Putin pflegt Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán. Auch er ist derzeit um einen Spagat bemüht. Zwar verbietet Ungarn Waffenlieferungen an die Ukraine, trägt die EU-Sanktionen jedoch mit. Anders als während der Flüchtlingskrise 2015 nimmt das Land nun auch bereitwillig **Flüchtlinge** auf – rund 200 000 sollen es bislang sein. Orbáns Zusicherung, er werde das Land aus dem Ukraine-Krieg heraushalten, ist vor den Parlamentswahlen Anfang April auch als Signal an die Wähler zu verstehen. So stimmte er zwar der Stationierung von Nato-Truppen in Ungarn zu, untersagte allerdings deren Grenzübertritt in die Ukraine. *bmn*

Dass solche Strömungen weitgehend toleriert werden, liegt auch an den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Anfang April. Denn der russland-freundliche Präsident Serbiens, Aleksandar Vucic, ist auf die Stimmen aus dem rechten Lager angewiesen, will er für eine zweite Amtszeit wiedergewählt werden. Ein komplizierter Spagat. Entsprechend unterstützte Serbien zwar die UN-Resolution zum russischen Angriffskrieg, sah aber von Sanktionen oder Luftraum-Sperrern ab.

**Kriegsorgen** Es lässt sich schwer prognostizieren, wie sich das russische Handeln in der Ukraine letztlich auf den Balkan auswirkt und ob er nach mehr als 100 Jahren erneut zum Pulverfass Europas wird. Doch „seit einiger Zeit ist die Situation insbesondere in Bosnien und Herzegowina sehr angespannt“, sagt Josip Juratovic. „Es wird wieder offen über Krieg gesprochen.“ Einen solchen wolle zwar im Grunde niemand, „aber aus Erfahrung wissen wir, dass ein harmloser Inzident eine Eskalationsspirale entfachen kann“.